

NIEDERSCHRIFT

über die **18.** Sitzung
des Sozial- und Gesundheitsausschusses
(XV. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **28.11.2013**
Ort der Sitzung: Stadt Grevenbroich
Bernardussaal
Am Markt 1
41515 Grevenbroich
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 20:40 Uhr
Den Vorsitz führte: Dr. Hans-Ulrich Klose

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Frau Dr. Linde Becker
2. Herr Karl-Heinz Ehms
3. Herr Prof. h.c. (BG) Dr. med. Klaus Goder ab 18.00 Uhr
4. Herr Gerhard Heyner
5. Herr Thomas Jung
6. Herr Norbert Kallen
7. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
8. Frau Ursel Meis
9. Herr Werner Moritz
10. Herr Antonius Suppes
11. Frau Maria Widdekind
12. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

13. Herr Denis Arndt
14. Herr Udo Bartsch
15. Herr Erwin Popien bis 19.10 Uhr
16. Herr Rainer Schmitz
17. Frau Gertrud Servos
18. Frau Helga Weiss

• FDP-Fraktion

- | | |
|----------------------------|---------------|
| 19. Herr Stephan Kees | bis 19.00 Uhr |
| 20. Herr Christian Kohnen | ab 19.00 Uhr |
| 21. Frau Christa Quellmann | |
| 22. Herr Dirk Rosellen | |

• **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

- 23. Herr Manfred Haag
- 24. Herr Martin Kresse
- 25. Frau Angela Stein-Ulrich

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

- 26. Frau Margit Kalthoff
- 27. Herr Carsten Thiel

• **beratende Mitglieder**

- 28. Herr Bernd Gellrich
- 29. Herr Norbert Kallen
- 30. Herr Dr. Josef Merten
- 31. Herr Bülent Öztas

• **Verwaltung**

- 32. Frau Katharina Czudaj
- 33. Herr Dr. Michael Dörr
- 34. Herr Edwin Erdmann
- 35. Herr Siegfried Henkel
- 36. Herr Alfred Hochhausen
- 37. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 38. Herr Martin Meisel
- 39. Herr Allgemeiner Vertreter Jürgen Steinmetz

• **Schriftführerin**

- 40. Frau Birgit Rothe
- 41. Herr Marcus Mertens

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	4
2.1.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2838/XV/2013.....	4
2.2.	Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2845/XV/2013.....	4
3.	Sozioökonomisches Monitoring - Vorstellung der Studie durch NIERs Vorlage: 50/2840/XV/2013	5
4.	Ambulante Versorgung alter, kranker und/oder behinderter Menschen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2843/XV/2013	5
5.	Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/2846/XV/2013.....	7
6.	Sachstand Pflegeeinrichtungen Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch Vorlage: 50/2839/XV/2013.....	8
7.	Symptomübergreifende Beratung suchtgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener Vorlage: 53/2850/XV/2013	8
8.	Mitteilungen	9
8.1.	Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit	9
8.2.	Herzwochen 2013 / 2014 Vorlage: 53/2825/XV/2013	9
8.3.	Gesundheitskalender 2014 Vorlage: 53/2775/XV/2013	9
8.4.	75 Jahre Schulzahnpflege im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 53/2774/XV/2013	10
9.	Anfragen	10
9.1.	Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2013 - Betreuungsgeld, SGB II Leistungen Vorlage: 50/2847/XV/2013	10

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Servos stellte zur Tagesordnung den Antrag, dass der Tagesordnungspunkt 5 „Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel“ in die heutige Sitzung nur eingebracht werde und Sachfragen gestellt werden könnten, eine Beschlussfassung hierzu jedoch erst nach Beratung in den Fraktionen erfolgen könne. Ausschussvorsitzender Dr. Klose stimmte dem Antrag ausdrücklich zu, Widerspruch gegen den Vorschlag erhob sich nicht.

2. Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweites Buch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende

2.1. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2838/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass für den Monat November 2013 insgesamt 6,3 Mio. € verausgabt worden seien. Bei einer Fortschreibung der bisherigen Ausgaben sei demnach von einer Überschreitung des Haushaltsansatzes von 3,2 Mio. € für das gesamte Jahr 2013 auszugehen.

2.2. Aktueller Report Jobcenter Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 50/2845/XV/2013

Protokoll:

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Arndt teilte Allgemeiner Vertreter Steinmetz mit, dass er mit dem Jobcenter über die Möglichkeit gesprochen habe, die Zahl der „Aufstocker“ im jeweiligen Report des Jobcenters zu nennen. Die Frage werde vom Jobcenter noch geprüft, aber voraussichtlich positiv beschieden werden.

3. Sozioökonomisches Monitoring - Vorstellung der Studie durch NIERS Vorlage: 50/2840/XV/2013

Protokoll:

Prof. Rüdiger Hamm und Fabian Kreutzer vom Institut NIERS an der Hochschule Niederrhein stellten das Sozioökonomische Monitoring für den Rhein-Kreis Neuss vor. Der Vortrag liegt der Niederschrift in Anlage bei.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose dankte für die Präsentation. Die Ergebnisse des Monitorings seien nun auszuwerten, um dann über mögliche Beschlüsse oder sonstige zu ziehende Konsequenzen nachzudenken.

Kreistagsmitglied Widdekind schloss sich dieser Auffassung an und ergänzte, dass eine Umsetzung möglicher Ergebnisse gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen erfolgen müsse.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag führte Prof. Hamm aus, dass die Vergleichskommunen seitens NIERS unter Raumordnungsgesichtspunkten ausgewählt worden seien. Die Gemeindecluster im SGB II-Bereich seien kein brauchbarer Indikator für die Auswahl gewesen, da von den 150 für das Monitoring ausgewählten Indikatoren seitens der Bundesagentur nur einige wenige Datensätze geliefert werden könnten.

Kreistagsmitglied Thiel fragte nach, wie die Quelle der Bevölkerungsdaten ausgewählt worden sei. Prof. Hamm erklärte, dass man sich seitens NIERS für die Daten der Bertelsmann-Stiftung und somit gegen die Daten von IT.NRW entschieden habe. Eine Durchschnittsberechnung zwischen beiden Datensätzen sei sachlich falsch und werde daher nicht praktiziert.

Ausschussmitglied Öztas erkundigte sich, in welchem Datensatz Personen mit doppelter Staatsbürgerschaft erfasst seien. Herr Kreutzer erklärte, dass die Zuordnung der Personen nach der Definition „mindestens 1 Elternteil im Ausland geboren und/oder die Sprache im Haushalt ist Deutsch“ erfolge.

SozGe/20131128/Ö3

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Vorstellung der Ergebnisse des Sozioökonomischen Monitorings für den Rhein-Kreis Neuss zur Kenntnis und bittet über den Kreisausschuss um Behandlung auch in den anderen Fachausschüssen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig.

4. Ambulante Versorgung alter, kranker und/oder behinderter Menschen im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: 50/2843/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Servos nahm Bezug auf den Antrag ihrer Fraktion im Rahmen der

Haushaltsberatungen und bedankte sich bei der Verwaltung für die ausführliche Beantwortung. Mit der Vorlage der Verwaltung werde jedoch der Kern des Antrages der SPD noch nicht getroffen. Ziel des Antrages sei es, zu einer besseren Vernetzung der nebeneinander existierenden Systeme hinzuwirken. Es sollten auch dann Aspekte wie bezahlbarer Wohnraum oder Infrastruktur im Quartier beleuchtet werden, wenn es keine unmittelbare Zuständigkeit des Kreises gebe, da es Ziel sein könne mit den zuständigen Stellen und Akteuren Konzepte zu entwickeln.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erklärte, dass die Antwort der Verwaltung bewusst auf einer rein quantitativen Basis erfolgt sei. Die qualitativen Aspekte könnten als bekannt vorausgesetzt werden. Mit der nun vorliegenden Antwort der Verwaltung könnten die verschiedenen Akteure und Zielgruppen nochmals über das vorhandene Angebot informiert werden. Der von Frau Servos angesprochene Austausch mit den Akteuren sei ohnehin eine stetige Aufgabe der Verwaltung. Als aktuelles Beispiel nannte Allgemeiner Vertreter Steinmetz die Thematisierung der Schuldnerberatung mit den Sozialdezernenten der kreisangehörigen Kommunen.

Ausschussmitglied Gellrich regte an, die Thematik in der Konferenz für Gesundheit, Pflege und Alter weiter zu vertiefen. Dort könne eine Arbeitsgruppe gebildet werden.

Kreistagsmitglied Meis schlug vor, auf die Beratungshotline des Kreises nochmals in den Medien hinzuweisen, um deren Bekanntheitsgrad zu erhöhen. Das Ziel müsse sein, die Informationen über die vorhandenen Angebote besser zu den interessierten Menschen zu bringen.

Kreistagsmitglied Bartsch stimmte diesem Vorschlag zu. Die Angebote im Rhein-Kreis Neuss seien gut entwickelt und sollten in ihrer Bekanntheit breiter gestreut werden.

Kreistagsmitglied Kresse gab die Anregung, die Belange der älteren Menschen mit denen der Menschen mit Behinderung zu verknüpfen. Für beide Zielgruppen müssten Barrieren abgebaut werden.

Auf Hinweis von Kreistagsmitglied Haag, dass seine Fraktion schon länger die Forderung stelle, dass eine Unter- und Überversorgung zu analysieren und ggf. abzubauen sei, erklärte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass der Verwaltung Lücken im Beratungsnetz bitte genau benannt werden sollten. Hinsichtlich einer Nachfrage von Kreistagsmitglied Bartsch wies er auf die Überführung der Angebotsstrukturen des Konzeptes „Präventive Hausbesuche“ in die Angebote der „Dienstbar“ und die Betreuungsangebote des TZG hin.

Kreistagsmitglied Popien fragte nach, wie die Verzahnung der medizinischen Versorgung mit dem Kommunalbereich ausgestaltet sei. Dezernent Mankowsky führte hierzu aus, dass der medizinische Bereich eigene Strukturen, auch im Bereich von Beratung und Beschwerde, habe. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Schmitz erläuterte Kreistagsmitglied Prof. Dr. Goder, dass es einen Sicherstellungsauftrag der Kassenärzte gebe und somit die ärztlich Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger gewährleistet sei.

5. Grundsicherungsrelevanter Mietspiegel Vorlage: 50/2846/XV/2013

Protokoll:

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erinnerte daran, dass zu diesem Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung keine Beschlussfassung erfolgen solle, sondern lediglich in das Thema eingeführt werde und die Möglichkeit zur Beantwortung von Sachfragen bestehe.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz wies darauf hin, dass die Verwaltung eine Präsentation vorbereitet habe, die wegen der Komplexität der Materie erklärungsbedürftig sei und daher nicht mit der Einladung versandt worden sei. Die aktuelle Entwurfsfassung des Konzeptes werde mit der Niederschrift versandt, die endgültige Fassung des Gutachtens könne, nach Einarbeitung redaktioneller Änderungen und einiger zusätzlicher Erläuterungen, dann für die Ausschusssitzung im Februar vorgelegt werden. Darüber hinaus gebe es zwei aktuelle Mitteilungen: Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden hätten zwischenzeitlich ihre volle Zustimmung zu den vorliegenden Ergebnissen erteilt und aus einem Gespräch mit den Wohnungsbauunternehmen sei eine positive Grundstimmung zu vernehmen gewesen. Nach der heutigen Beratung solle in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses im Februar 2014 der neue Mietspiegel beschlossen werden, so dass er zum 01.03.2014 oder 01.04.2013 in Kraft treten könne.

Martin Meisel vom Kreissozialamt stellte anhand des beigefügten Vortrages den neuen grundsicherungsrelevanten Mietspiegel vor.

Die Fragen der Kreistagsmitglieder Thiel, Bartsch und Stein-Ulrich sowie von Ausschussmitglied Quellmann wurden von Herrn Meisel wie folgt beantwortet:

Durch das „Schlüssige Konzept“ würden die Mietobergrenzen zunächst für die sogenannte „abstrakte Prüfung“ festgelegt. In jedem Einzelfall, in dem eine Pflicht zur Kostensenkung bestehe, müsse jedoch auch die konkrete - also Einzelfallbezogene - Angemessenheit geprüft werden. Stehe dabei nachweislich kein Wohnraum innerhalb der Mietobergrenzen zur Verfügung, könne die Entscheidung unabhängig von den Mietobergrenzen getroffen werden.

Der Wohnraumsicherungszuschlag habe im Jahr 2011 den Zweck erfüllt, den Systemwechsel abzufedern. Daher könne er nun entfallen.

Die im Zusammenhang mit einer Kostensenkungsaufforderung genutzten Worte „möglich“ und „zumutbar“ seien laut Herrn Meisel wie folgt zu definieren: „Möglich“ bedeute, es bestehe objektiv die Möglichkeit zur Kostensenkung, z.B. durch Anmietung einer Wohnung innerhalb der Mietobergrenzen. „Zumutbar“ bedeute, dass bezogen auf den Einzelfall keine Gründe gegen einen Umzug sprechen dürften. Hierzu nannte Herr Meisel gesundheitliche Gründe oder einen Schulwechsel der Kinder als Beispiele.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Bartsch erläuterte Allgemeiner Vertreter Steinmetz, dass eine Vorstellung des Schlüssigen Konzeptes durch die Firma „Analyse und Konzepte“ mit Kosten verbunden gewesen sei und die Verwaltung daher hierauf verzichtet habe.

Kreistagsmitglied Thiel fragte an, ob der Grundsicherungsrelevante Mietspiegel zur einer Entlastung des Personals im Jobcenter beitrage.

Allgemeiner Vertreter Steinmetz erläuterte, dass der Wegfall des Wohnraumsiche-

rungszuschlages und dadurch das Arbeiten mit Mietobergrenzen die Entscheidungen im Jobcenter vereinfacht würden.

Auf Nachfrage von Ausschussvorsitzendem Dr. Klose erklärte Herr Meisel, dass sich durch die Anpassung der Mietobergrenzen aufgrund des Urteils zur Angemessenheit der Wohnungsgrößen im vergangenen Jahr eine große Zahl von Klagen erledigt hätte und die Verwaltung bislang kein Verfahren verloren habe.

Auf Bitten von Kreistagsmitglied Arndt wird die Präsentation zum Schlüssigen Konzept mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

6. Sachstand Pflegeeinrichtungen Medina und Seniorenwohnpark Meerbusch

Vorlage: 50/2839/XV/2013

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz berichtete, dass zum 01.12.2013 die Meridias Rhein-stadtpflegehaus Meerbusch GmbH den Betrieb der beiden Pflegeeinrichtungen in Meerbusch-Strümp übernehmen werde. Die Heimaufsicht habe den neuen Betreiber geprüft und auf Grundlage des Wohn- und Teilhabegesetzes keine Bedenken gegen die Übernahme durch Meridias. Der Medizinische Dienst der Krankenkassen werde bis zum 30.11.2013 die beiden Einrichtungen weiterhin engmaschig überprüfen. Ab dem 01.12.2013 werde es neben den üblichen Kontrollen der Heimaufsicht die Begleitung beider Häuser durch ein externes Expertenteam geben.

Ausschussvorsitzender Dr. Klose erklärte, es habe sich um eine sehr komplexe und schwierige Situation gehandelt. Das Vorgehen der Verwaltung gegen die festgestellten Missstände und die anschließend gelungene Vermeidung einer Schließung der Häuser mit der dann notwendigen, zwangsweisen Unterbringung der Bewohnerinnen und Bewohner sei sehr gut gelungen. Die frühzeitige und klare Information der Medien habe dazu beigetragen, die Sachlage für die Öffentlichkeit und auch die Betroffenen zu verdeutlichen.

7. Symptomübergreifende Beratung suchtgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener

Vorlage: 53/2850/XV/2013

Protokoll:

Dezernent Mankowsky erläuterte, dass ein Zwischenbericht gegeben werden solle. Das bestehende Konzept sei überarbeitet und mit neuen Schwerpunkten versehen worden. Die Finanzierung der Umsetzung solle aus bereits im Haushalt budgetierten Mitteln der Gesundheitsförderung erfolgen.

Michael Weege von der Suchtkrankenhilfe des Caritasverbandes für den Rhein-Kreis Neuss stellte gemeinsam mit einer Schulsozialarbeiterin des Pascal-Gymnasiums das

Konzept vor. Bei der Arbeit in Schulen bestehe ein anderer Bedarf als bei der Arbeit mit chronisch kranken Menschen. Das Konzept sei in allen Jahrgangsstufen des Pascal-Gymnasiums fest installiert.

Kreistagsmitglied Haag bat um Vorlage des Konzeptes und -soweit vorhanden- um Vorlage einer Zielvereinbarung. Kreistagsmitglied Schmitz unterstützte dies. Inhaltlich sei das Konzept sinnvoll, jedoch müsse die Finanzierung genauer geprüft werden. Die könne bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses in den Fraktionen geschehen.

Kreistagsmitglied Kallen nahm an der Beratung und der Beschlussfassung nicht teil.

SozGe/20131128/Ö7

Beschluss:

Die Entscheidung über die Durchführung des Projektes „Symptomübergreifende Beratung suchtgefährdeter Jugendlicher und junger Erwachsener“ wird vertagt.

8. Mitteilungen

8.1. Bildungs- und Teilhabepaket einschließlich Schulsozialarbeit

Protokoll:

Allgemeiner Vertreter Steinmetz teilte mit, dass die Zahl der leistungsberechtigten Kinder gestiegen sei. Gleichzeitig habe man die Zahl der Anträge weiter erhöht.

8.2. Herzwochen 2013 / 2014

Vorlage: 53/2825/XV/2013

Protokoll:

Dr. Dörr lobte die gute Organisation der Herzwochen 2013/2014 durch Herrn Kopp, Beauftragter der deutschen Herzstiftung, und Herrn Prof. Haude. Er wies des Weiteren auf die in den Erläuterungen enthaltenen Termine hin.

8.3. Gesundheitskalender 2014

Vorlage: 53/2775/XV/2013

Protokoll:

Dr. Dörr wies darauf hin, dass mit der Niederschrift der Gesundheitskalender 2014 versandt werde.

8.4. 75 Jahre Schulzahnpflege im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: 53/2774/XV/2013

Protokoll:

Dezernent Mankowsky verwies auf die Broschüre „75 Jahre Schulzahnpflege im Rhein-Kreis Neuss“. Die guten gesetzlichen Grundlagen seien für die Erreichung guter Ergebnisse sehr förderlich. Die Kreistagsmitglieder Widdekind und Servos lobten die Arbeit der Zahnärzte in den Schulen und ermunterten die Verwaltung, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

9. Anfragen

9.1. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 07.11.2013 - Betreuungsgeld, SGB II Leistungen

Vorlage: 50/2847/XV/2013

Protokoll:

Kreistagsmitglied Haag wies darauf hin, dass der in den Erläuterungen genannte, offene Brief, nicht mit den Erläuterungen versandt, jedoch als Tischvorlage zur Verfügung gestellt worden sei. Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Haag sagte Allgemeiner Vertreter Steinmetz zu, die Zahl der Anträge auf Betreuungsgeld und die Anzahl der Anträge, die von Familien mit Hartz-IV-Bezug seien, die der Verwaltung zur Verfügung stehenden Daten der Niederschrift beizufügen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzende/r Dr. Hans-Ulrich Klose um 20:40 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Hans-Ulrich Klose
Vorsitz

Birgit Rothe
Schriftführung

Marcus Mertens